

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktion: Nachrichten Dresden
Verlags- und Druckerei: 85 841
Kun. u. Verlagsdruckerei: Nr. 80 611
Schulze u. Co. (Druckerei) Dresden
Dresden - U. 1, Wartenburg 85/43

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 2,30 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Transport), bei halbjährlicher 10 RM. (einschließlich 3,50 RM. für Transport). Bei halbjährlicher Lieferung monatlich 1,50 RM. (einschließlich 50 Pfg. für Transport). Bei halbjährlicher Lieferung monatlich 1,50 RM. (einschließlich 50 Pfg. für Transport). Bei halbjährlicher Lieferung monatlich 1,50 RM. (einschließlich 50 Pfg. für Transport).

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Weißsch-Platz, 1088 Dresden
Kun. u. Verlagsdruckerei: 85 841
Kun. u. Verlagsdruckerei: Nr. 80 611
Schulze u. Co. (Druckerei) Dresden
Dresden - U. 1, Wartenburg 85/43

Umbildung des Kabinetts Laval notwendig

Kriegsminister Maginot gestorben

Auch Briand soll ersetzt werden

Paris, 7. Januar. Kriegsminister Andreas Maginot ist in der Nacht zum Donnerstag um 2 Uhr an den Folgen eines schweren Darmtumor und eines Brust- und Leberleidens in der Pariser Klinik, in die man ihn vor einigen Tagen übergeführt hatte, gestorben. Der Tod des Kriegsministers ist gänzlich überraschend erfolgt, da selbst die Ärzte noch am Mittwochabend zuversichtlich über den weiteren Verlauf der Krankheit urteilten. Die sterblichen Überreste Maginots wurden noch in der Nacht in das Kriegsministerium übergeführt, wo die Leiche aufgebahrt wird.

Zweifel, daß Laval wieder mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird. In parlamentarischen Kreisen vermutet man, daß Laval die Gelegenheit benutzen wird, um sein Kabinett nach links zu erweitern.

Man spricht in diesem Zusammenhang von Paul Lecoq als Kriegsminister und Paul Doumer als Außenminister.

Für den ehemaligen Sozialisten Paul Doumer, der bisher die französische Abrüstung in Genf erfolgreich verhindert hat, wäre das die längst erwartete Krönung seiner Laufbahn und für Briand, der ja im Außenministerium längst festgesetzt ist, der schlichte Abschied. In der Einsetzung der französischen Politik zu Deutschland würde sich auch dann nichts ändern, wenn an Stelle Maginots ein weniger nationalistischer Politiker mit dem Kriegsministerium betraut würde.

Briand geht nicht nach Lausanne

Paris, 7. Jan. Briands Befinden soll, wie es heißt, derzeit sein, daß man sich bestimmt annimmt, er werde sich nicht zur Konferenz nach Lausanne begeben können. — Ob Briand „Befinden“ eine Folge oder eine Vorbereitung der oben angeedeuteten Möglichkeiten einer Kabinettsumbildung ist, wird sich bald herausstellen.

Unterbrechung der Lausanner Konferenz?

Berlin, 7. Jan. In Berliner politischen Kreisen hält man es auf Grund der letzten diplomatischen Verhandlungen für nicht unwahrscheinlich, daß eine Unterbrechung der Konferenz von Lausanne erfolgen wird. Diese würde dann zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden. In Berliner politischen Kreisen betont man, daß Deutschland alles Interesse daran habe, daß eine endgültige Lösung der Tributfrage erzielt werde. Da zur Zeit jedoch die Aussichten für eine Einigung mit den Alliierten nicht besonders günstig und ein Provisorium höchst unerwünscht wäre, scheint es nicht ausgeschlossen, daß die Reichsregierung einem Provisorium die Unterbrechung der geplanten Tributkonferenz vorziehe. Im übrigen läßt das Provisorium Deutschland ja bis zum Juli Zeit. Auch müßten die Alliierten erst Klarheit darüber gewinnen, wie künftig ihre Schuldenzahlungen gegenüber den Amerikanern geregelt würden.

Noch keine Klarheit in der Tributfrage

London, 7. Jan. Sir Frederic Leith Ross wird im Laufe des heutigen Donnerstags vom englischen Ministerpräsidenten MacDonald empfangen werden, ehe er zu den Finanzverhandlungen nach Paris abreist. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt, daß bisher weder London noch Paris oder Berlin sich zu einer endgültigen Politik entschlossen hätten. Die Aussichten für ein englisch-französisches Einverständnis seien — technisch gesprochen — gut. Aber Deutschland werde mit jedem Tage eines beengten Jubiläumskalenders unangenehm sein müssen, und annehmlich sei die Klartät zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt nicht abzusehen. Unter anderem sei auch der Vorstoß gemacht worden, daß die Länge des Moratoriums offenbleiben und die Lage von Zeit zu Zeit von der DZS geprüft werden solle.

Gegen französische Sabotagepolitik

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Januar. Die Kampagne der französischen Presse, die eine Sabotage der Abrüstungskonferenz zum Ziele hat, nimmt jetzt Formen an, denen man auch in der Wilhelmstraße energisch entgegenzutreten beabsichtigt ist. So wird u. a. festgestellt, daß Frankreich nach eigener Angabe mehr als dreimal so viel als Deutschland, nämlich 25 Milliarden Goldmark, für seine Armee ausgibt. Die von der französischen Presse verbreiteten Falschmeldungen, daß Deutschland in den nordischen Staaten, aber auch in Holland Waffen bestelle habe und dort Waffenlager unterhalte, gehen, wie mitgeteilt wird, im wesentlichen von interessierten Kreisen der französischen Abrüstungsindustrie aus, die für den Fall einer französischen Abrüstung um ihre Geschäfte Besorgnisse haben. Die deutsche Regierung, so wird nochmals nachdrücklich erklärt, verlangt Abrüstungsgleichheit und wird gegen alle Versuche, aus der Abrüstungskonferenz eine Konferenz im Sinne der französischen Sicherheitspolitik zu machen, energisch Einspruch erheben.

Unterredung Brüning-Groener-Dittler

Berlin, 7. Jan. Auf Wunsch des Reichskanzlers und des Reichswehrministers wird heute nachmittags eine Aussprache zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning, dem Reichswehrminister Groener und dem Führer der DZVP, Adolf Dittler, stattfinden, die sich mit den vorstehenden innenpolitischen Entscheidungen, vor allem mit der Reichspräsidentenwahl, beschäftigen wird. — Wie betont wird, hat sich Adolf Dittler auf Wunsch des Reichswehrministers Groener zu den Besprechungen nach Berlin begeben, der ihn in einem Schreiben hierzu aufgefordert hatte.

Aufhebung des Münchner nationalsozialistischen Studentenbundes

München, 7. Jan. Der Senat der Universität hat den nationalsozialistischen Studentenbund aufgehoben. Die Angehörigen des Studentenbundes sind vom Schwarzen Brett entfernt worden. Dem Verband ist eröffnet worden, daß er erst dann wieder konstituiert werden könne, wenn er sich den auch für die übrigen Korporationen maßgebenden Grundsätzen akademischer Sitten unterwerfe.

„Wintersturmplan“ der kommunistischen Freidenker

Berlin, 7. Jan. Der Verband Proletarischer Freidenker, Berlin-Brandenburg, plant vom 15. bis 31. Januar den „Sturmwochen der sozialistischen Kulturaktion“, die der Organisation von Massenkirchenausritten unter der Führung von Freidenkern dienen sollen. Diese Sturmwochen sind ein Glied des „Wintersturmplanes“ des Verbandes Proletarischer Freidenker, der unter dem Stichwort „sozialistische Kulturaktion“ durchgeführt wird. Man fordert unter anderem: Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen und Volksschulen, keine Ausübung öffentlicher Kranfenshäuser und Anstalten für kirchliche und religiöse Propaganda, religiöse Beseitigung der Kirchenruine, Kampf gegen den Bau von Kirchen und Gebäuden für kirchliche Zwecke, Beschlagnahme aller Bischofspaläste und Häuser der Kirche für Erwerbslose usw., reallose Entleerung des Kirchenvermögens und des Grundbesitzes der Kirche, Beseitigung der 100 Gotteslästerung und 218 (Abtreibung) des StGB. — Dieses Programm hat jedenfalls das eine für sich, daß es allen Verneinerleistungen gegenüber das wahre Gesicht des kommunistischen Freidenkertums mit brutaler Deutlichkeit enthält.

Die vorbereiteten Schecks der Klarets

Berlin, 7. Jan. Im Klaretsprozeß wurden heute die Wechselgeschäfte der Klarets verhandelt. Genau wie bei den Wechselgeschäften liegen sich die Klarets Schecks in beträchtlicher Höhe, zum Teil vorbereitet, von Verwandten und Bekannten annehmen. Diese Schecks dienen dann der Stadtbank als Unterlage für die gewährten Kredite. So hat ein Bekannter der Klarets Schecks für 20 Millionen Mark ausgestellt. Die Gebrüder Klarets erklären auch heute, daß derartige Schecks nur von Max getätigt worden sind. Leo Klarets äußerte: „Ich habe gar nicht gewußt, daß sich Max auf so viel eingelassen hat. Das ist doch direkt irreführend. Vielleicht müßte der Arzt ihn einmal untersuchen, ob er zu der Zeit nicht verrückt war. Max ist ein guter, anständiger Junge, wenn er sich auch wie Napoleon vorkam.“

Der Vorsitzende stellte fest, daß sich die Scheckumfrage der Klarets bei der Stadtbank auf 180 Millionen Reichsmark belaufen habe. Auf Befragen sagte Leo Klarets aus, seiner Ansicht nach habe die Stadtbank durch den riesigen Scheckverkehr verdienen wollen. Die Stadtbankdirektoren hätten genau wissen müssen, daß es sich hier um Millionen handele, denn es sei natürlich unmöglich, daß ein Kunde täglich 300 000 Mark umfasse habe.

Stimson fordert Abrüstung Frankreichs und Polens

Washington, 7. Januar. Vor dem Auswärtigen Ausschuh des Repräsentantenhauses erklärte Staatssekretär Stimson, Deutschland und seine Kriegsverbindeten seien praktisch entwaffnet, aber umgeben von anderen Völkern, die nicht entwaffnet seien, sondern ihre Rüstungen in vielen Beziehungen noch vergrößert hätten. Dadurch sei im Mittel- und Westeuropa eine Unsicherheit entstanden, die politische und finanzielle Rückwirkungen über Europa hinaus verursacht und in der ganzen Welt Unsicherheit hervorgerufen habe. Es sei augenscheinlich, daß energische Schritte getan werden müßten, um den ursprünglichen Plan der Weltabrüstung durchzuführen.

Wie die „New York Herald Tribune“ hierzu ergänzend meldet, beziehen sich die Anspielungen Stimsons auf „andere bewaffnete Völker“ hauptsächlich auf Frankreich und Polen.

Stimsons Behauptungen sagen uns nichts Neues; sie sind aber deshalb wertvoll, weil hier zum erstenmal von einer amerikanischen Seite Deutschlands gleiche Recht auf Sicherheit anerkannt und in prägnanter Form betont wird.

70 deutsche Diplantenfamilien aus Polen ausgewiesen

Danzig, 7. Jan. Mehr als 70 im Korridor wohnhafte Familien, die seinerzeit für Deutschland optiert hatten, erhielten kürzlich von den Verwaltungsbehörden die Mitteilung, daß sie die Erneuerung der Aufenthaltsgenehmigung verweigert und deshalb Polen zu verlassen hätten, es sei denn, sie sollten die Erneuerung nach. Als sich die Optanten an die zuständigen Stellen um Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung wandten, wurde ihnen diese jedoch verweigert. Sie müssen nunmehr bis zum 20. Januar Polen verlassen. — Man darf wohl erwarten, daß damit das letzte Wort noch nicht über die Angelegenheit gesprochen ist, sondern daß die deutsche Regierung alles tun wird, um die Polen zur Beachtung der Verträge aufzufordern.

François Poncet nach Paris abgereist. Der französische Botschafter François Poncet ist nach Paris abgereist. Vor seiner Abreise hatte er dem Reichskanzler einen Besuch abgestattet.